

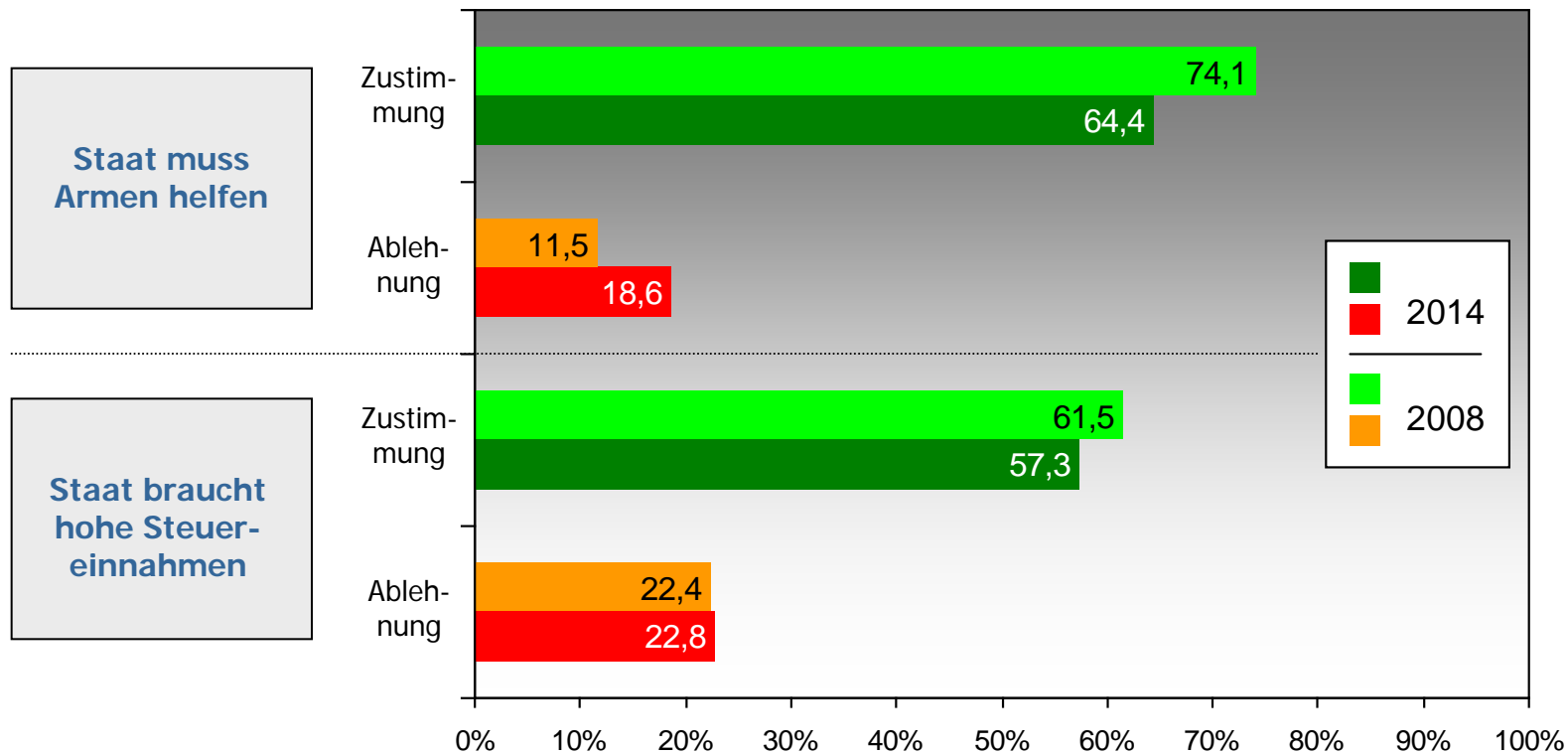


Ausgewählte Ergebnisse

einer Studie der *Forschungsstelle für empirische Sozialökonomik e.V.*
im Auftrag des *Bundes der Steuerzahler Nordrhein-Westfalen e.V.*



Abb. 1: Akzeptanz von Steuern leicht rückläufig

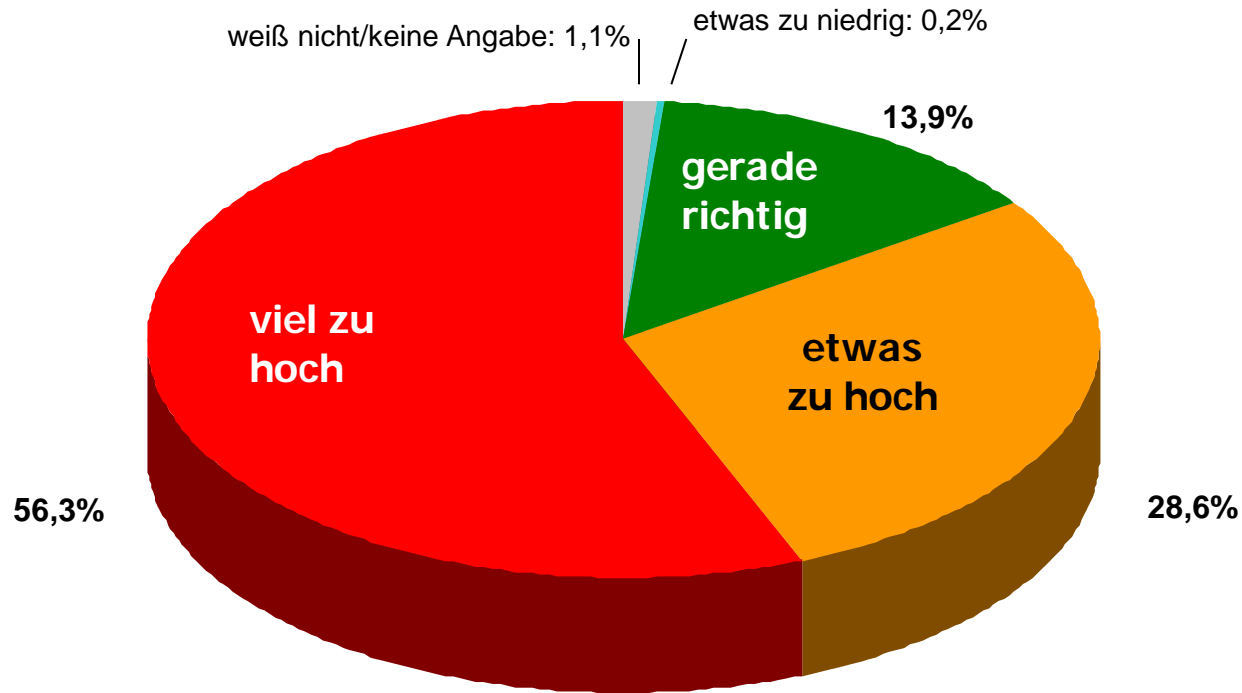


2008 hielten es fast drei Viertel (74%) der Deutschen für richtig, dass der Staat mit den Steuern Arme und Benachteiligte unterstützt – heute sind nicht einmal mehr zwei Drittel (64%) dieser Meinung.

Auch die Ansicht, der Staat benötige zur Erfüllung seiner Aufgaben hohe Steuereinnahmen, ist im gleichen Zeitraum von rund 62 auf 57 Prozent zurückgegangen.



Abb. 2: Mehr als vier von fünf Deutschen halten ihre Steuern für zu hoch

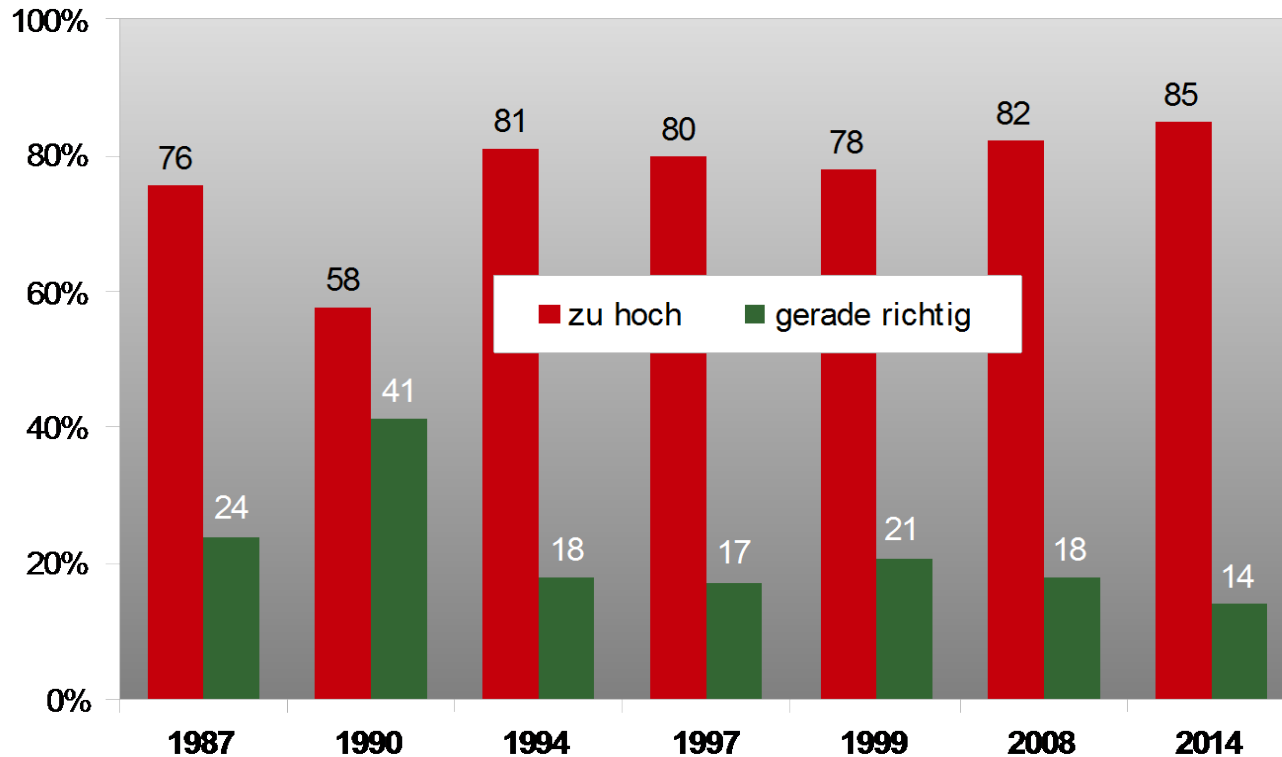


Rund 85 Prozent der Deutschen halten ihre Steuerbelastung für zu hoch, darunter 56 Prozent, die sie sogar als „viel zu hoch“ einschätzen. Besonders stark belastet fühlen sich Selbständige, Freiberufler und Angehörige der gehobenen Mittel-

schicht. Dabei versteht die Mehrheit der Bundesbürger unter „Steuerbelastung“ nicht nur Lohn- und Einkommensteuern, sondern alle anfallenden Steuern, Abgaben und Sozialversicherungsbeiträge.



Abb. 3: Gefühlte Steuerbelastung stagniert auf hohem Niveau

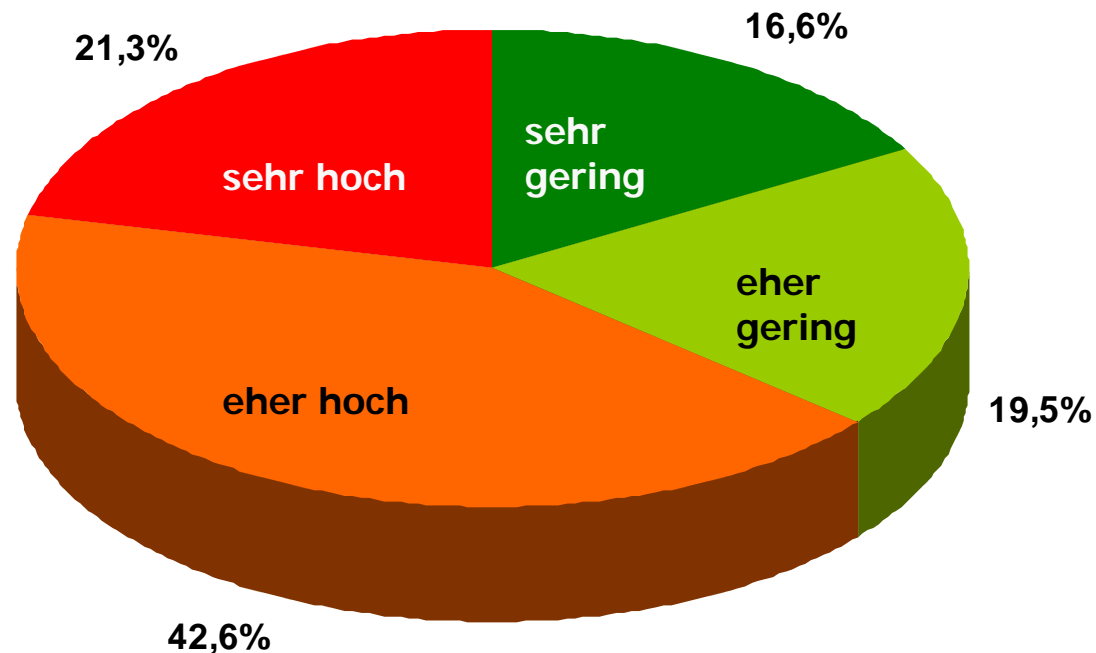


Die subjektive Belastung durch Steuern (und Abgaben) hat 2014 einen neuen Höchstwert erreicht, stagniert aber seit langem auf hohem Niveau.

Nur 1990 – nach der Wiedervereinigung und im Anschluss an die damalige Steuerreform – wurde die Steuerbelastung in Deutschland als weniger hoch bewertet.



Abb. 4: Aufwand für Steuerpflicht gilt als hoch

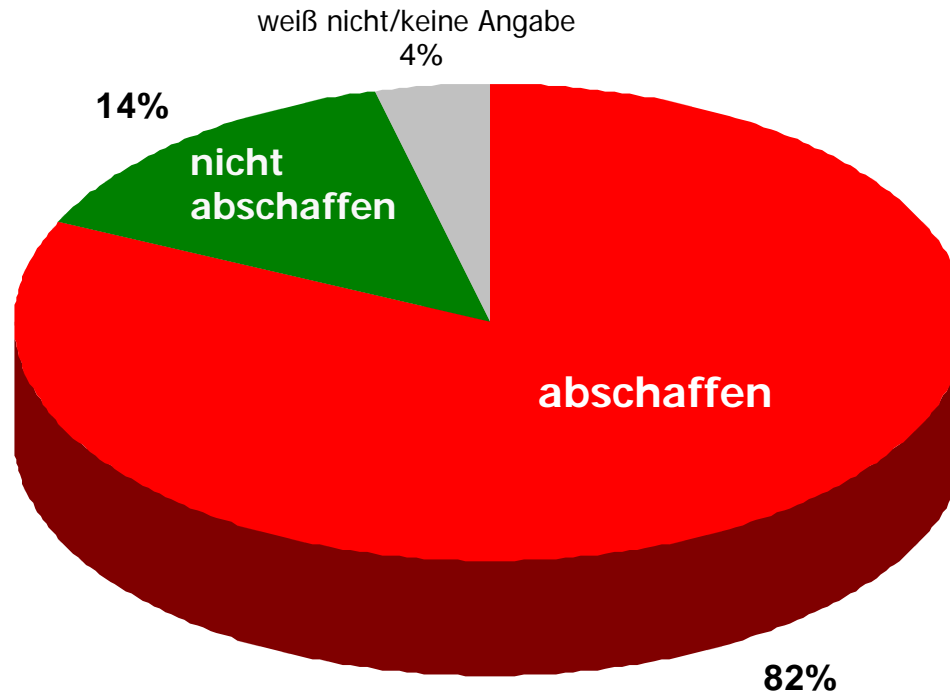


Fast zwei Drittel (64%) bezeichnen ihren finanziellen und zeitlichen Aufwand zur Erfüllung der steuerlichen Pflichten

als hoch, darunter jeder Fünfte (21%) als sehr hoch. Vor allem Selbständige und Freiberufler fühlen sich überlastet.



Abb. 5: Einstellungen zur kalten Progression

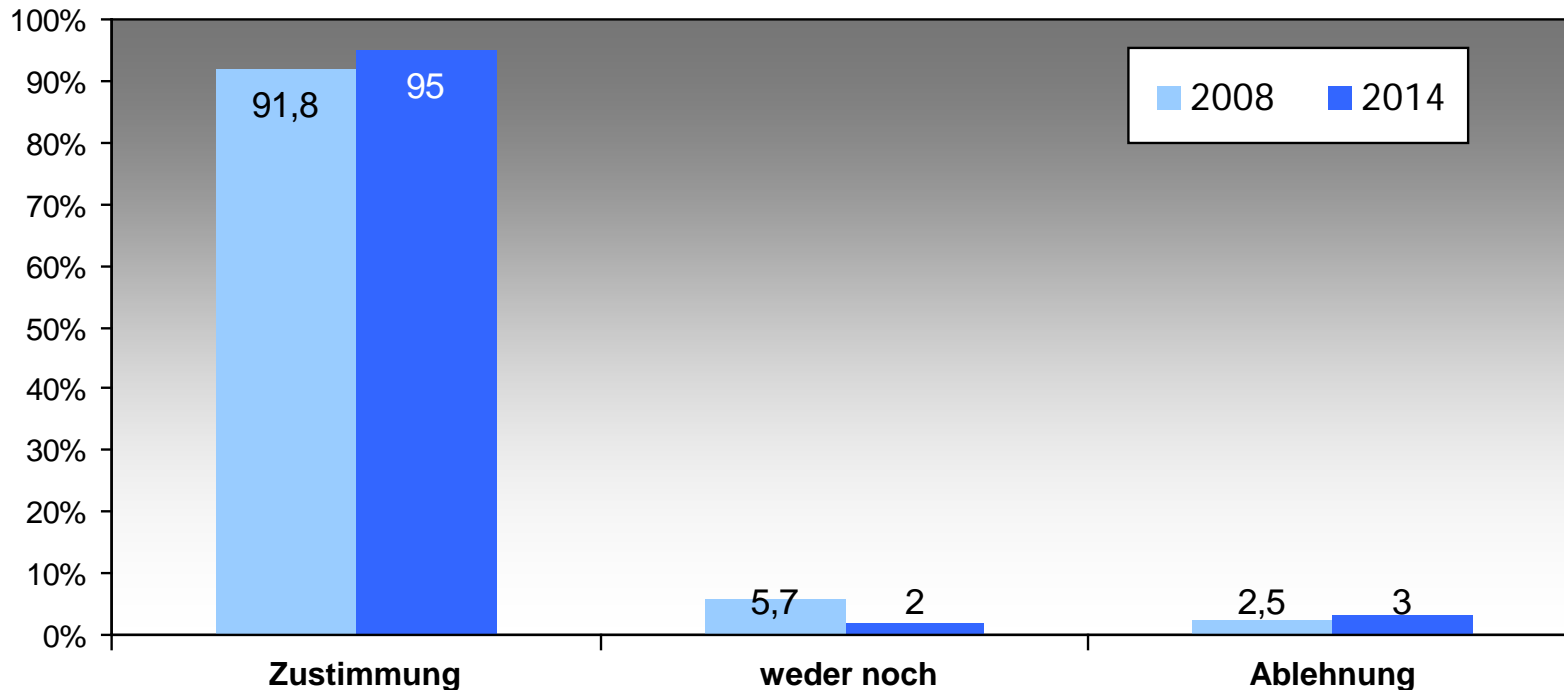


Mehr als vier von fünf Deutschen fordern von der Regierung die Abschaffung der kalten Progression, bei der Einkommens-

steigerungen durch höhere Steuersätze und Inflationseffekte aufgezehrt werden.



Abb. 6: Kritik an öffentlicher Verschwendung



„Der Staat geht zu verschwenderisch mit den Steuern um.“

95 Prozent der Deutschen halten den Staat für zu verschwenderisch im Umgang mit Steuern. Im Vergleich

zu 2008, dem Zeitpunkt unserer letzten Studie, hat die Kritik an der öffentlichen Verschwendung noch etwas zugelegt.



Abb. 7: Steuermoral hat sich deutlich verbessert

Fünf Indikatoren:

1. *In Steuererklärung immer alles korrekt angeben*
2. *Hinterziehung ist auf jeden Fall unmoralisch*
3. *Unmoral wird durch Ungerechtigkeit aufgehoben*
4. *Der Ehrliche ist am Ende der Dumme*
5. *Hinterziehung wiegt geringer als Verschwendung*

→ Steuermoralindex

(1 = niedrigste, ..., 7 = höchste Steuermoral)

2008

2014

4,28

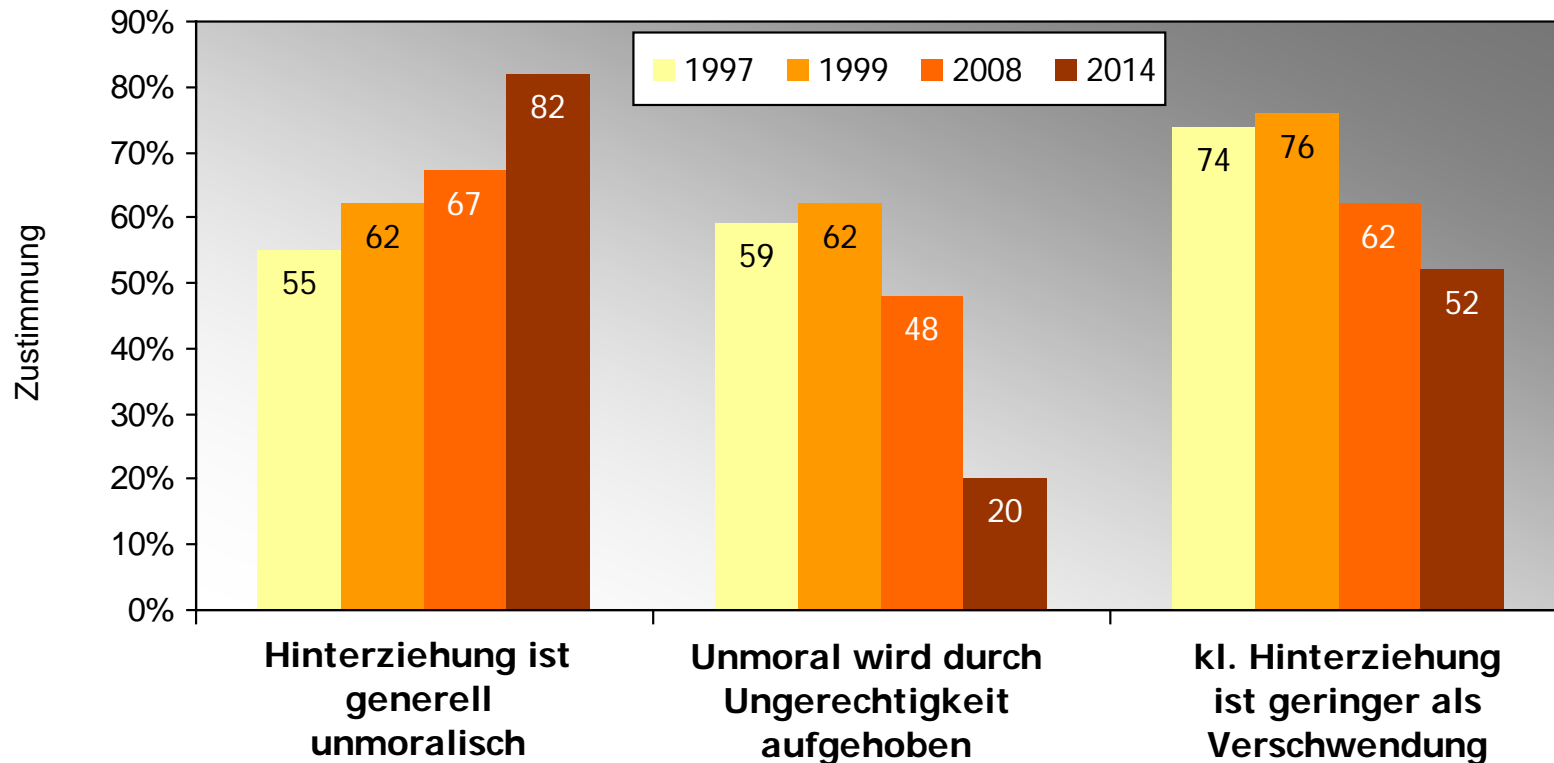
4,80

Aus fünf Indikatoren zur Steuermoral wurde ein Index gebildet, der die individuelle Steuermoral auf einer Skala von 1 bis 7 abbildet; dabei steht 1 für die niedrigste und 7 für die

höchste Steuermoral. 2014 liegt der Mittelwert des Steuermoralindex bei 4,80 – das ist eine deutliche Verbesserung gegenüber dem Wert von 4,28 im Jahr 2008.



Abb. 8: Steuerhinterziehung gilt als unmoralisch

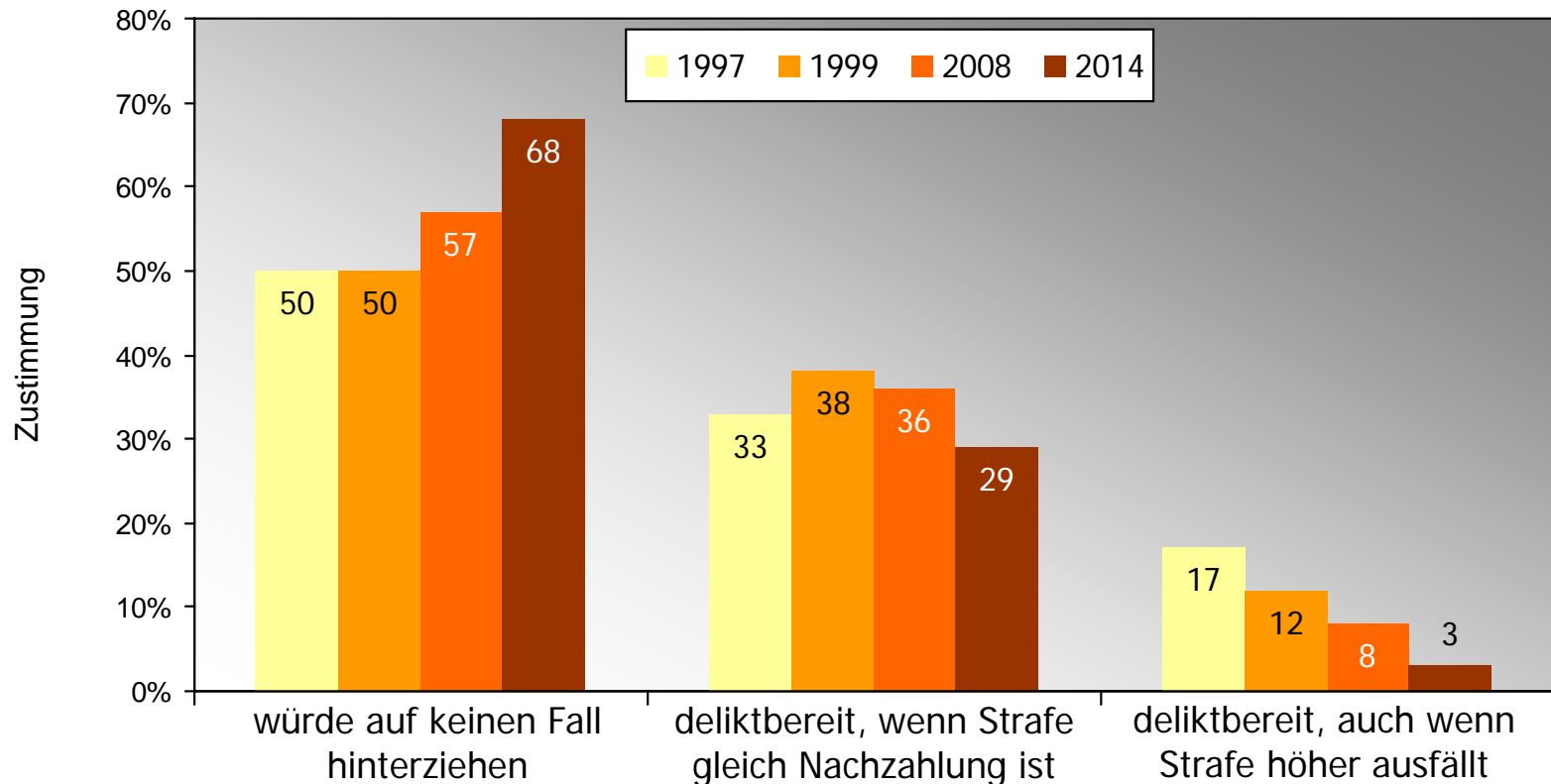


Der Anteil der Deutschen, die Steuerhinterziehung für generell unmoralisch halten, ist über die Jahre deutlich von 55 auf 82 Prozent gestiegen. Dagegen ist nur noch jeder Fünfte davon überzeugt, Steuerdelikte ließen sich mit Verweis auf un-

gerechte Steuergesetze rechtfertigen. Gut jeder Zweite sieht in der öffentlichen Verschwendung ein größeres Problem als in der Hinterziehung des ‚kleinen Mannes‘; 1999 waren noch mehr als drei von vier Bundesbürgern dieser Ansicht.



Abb. 9: Rückläufige Bereitschaft zu Steuerdelikten



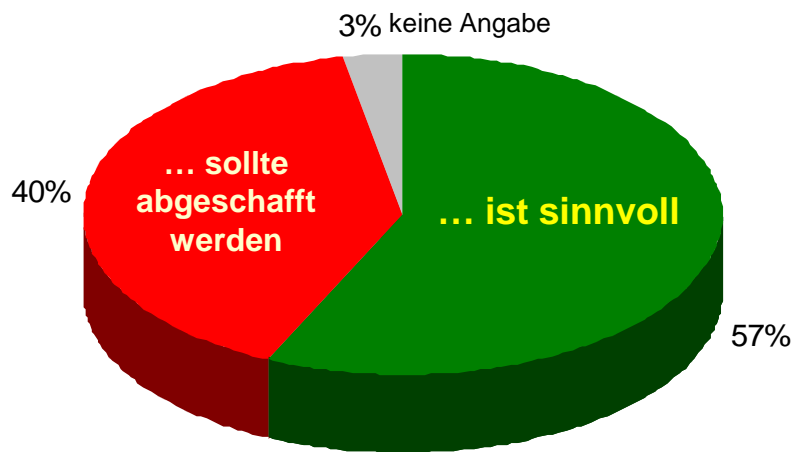
Mehr als zwei Drittel der Deutschen (68%) geben an, sie würden auf keinen Fall Steuern hinterziehen – deutlich mehr als Ende der 1990er Jahre und auch als 2008. 29 Prozent

können sich vorstellen, Steuern zu hinterziehen, wenn sie bei Entdeckung nicht mehr als die Steuern nachzahlen müssten. Nur wenige (3%) würden ein höheres Strafrisiko eingehen.



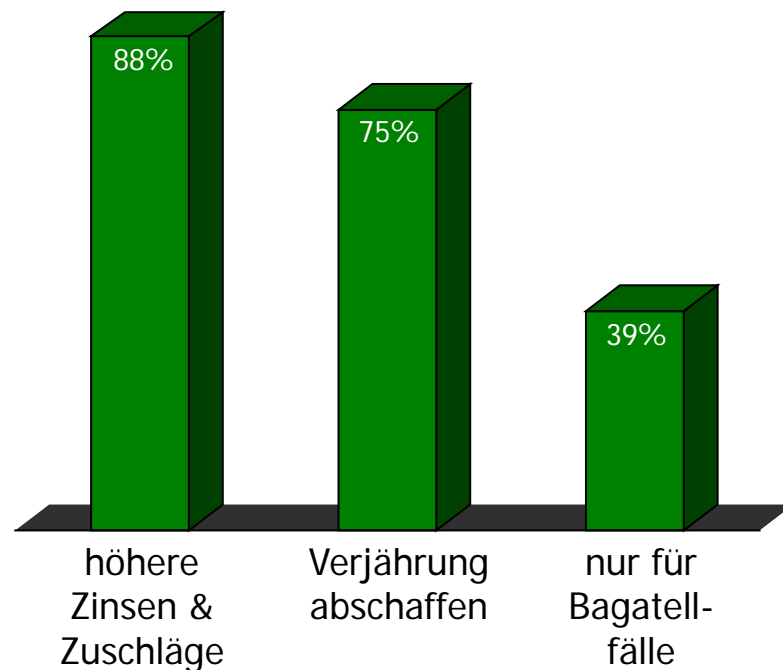
Abb. 10: Einstellungen zur Selbstanzeige

Die Selbstanzeige ...



Die Mehrheit (57%) der Deutschen hält die Möglichkeit der Selbstanzeige bei Steuerhinterziehung für sinnvoll. Allerdings plädieren viele für eine Verschärfung der Regelung, etwa in Form höherer Zinsen und Strafzuschläge (88%) oder durch die Aufhebung der Verjährungsfrist (75%).

Bevorzugte Reformvariante

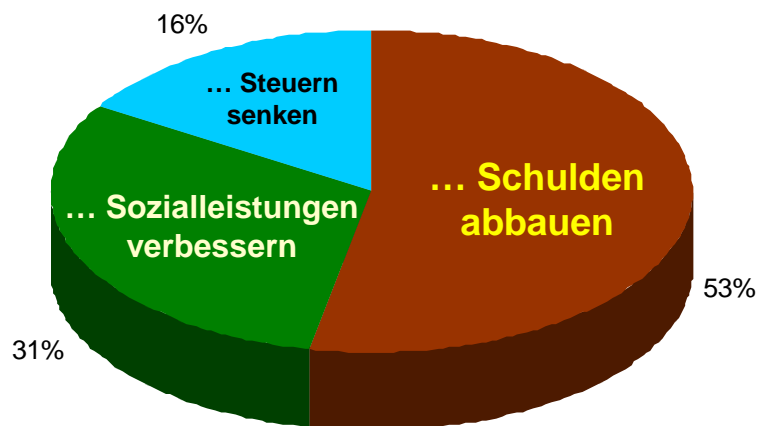


(Mehrfachnennungen)



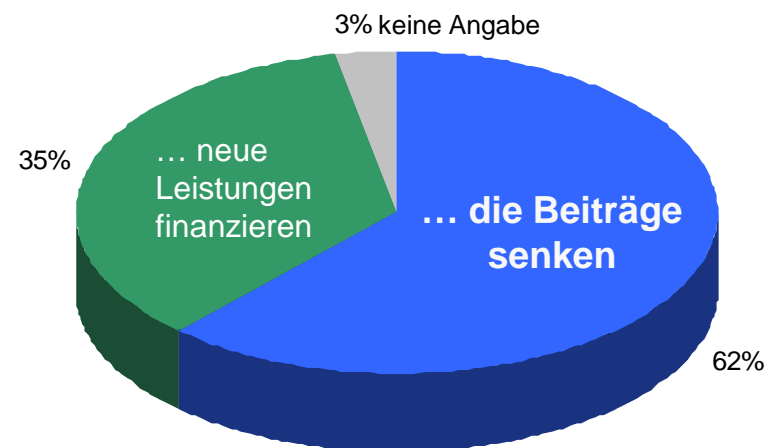
Abb. 11: Verwendung von Mehreinnahmen

Mit Steuermehreinnahmen sollte man ...



Schuldenabbau hat Priorität: 53 Prozent der Deutschen sehen darin den sinnvollsten Einsatz der konjunkturell bedingt erhöhten Steuereinnahmen. 31 Prozent verlangen bessere Sozialleistungen, 16 Prozent fordern Steuersenkungen.

Mit Rentenüberschüssen sollte man ...



Überschüsse in der Rentenkasse sollten den Beitragszahlern zugutekommen: 62 Prozent der Bundesbürger sprechen sich für niedrigere Beitragszahlungen aus. Nur gut jeder Dritte (35%) möchte damit neue Leistungen finanziert sehen.



Abb. 12: Bevorzugte Form der Steuererklärung

